



AUSBILDERDATENBLATT

Als verantwortliche/n Ausbilderin/Ausbilder wird benannt

Name, Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer (Wohnort)	Geburtsort
PLZ, Wohnort	Geschlecht <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> männlich
Funktion im Unternehmen	Telefon (geschäftlich)
E-Mail (geschäftlich)	

für folgenden Ausbildungsberuf/folgende Ausbildungsberufe

Beruf

vom Ausbildungsbetrieb/Ausbildenden

Firma/Inhaber	
Filiale	
Straße, Hausnummer	Telefon
PLZ, Ort	E-Mail
<i>Ein Wechsel des verantwortlichen Ausbilders/Ausbilderin muss der IHK umgehend mitgeteilt werden!</i>	

Fachliche Eignung des Ausbilder/der Ausbilderin

1. Berufliche Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten

Welche abgeschlossene Berufsausbildung bzw. welches abgeschlossene Studium hat der/die Ausbilderin? (Bitte Kopien der entsprechenden Zeugnisse beilegen).

2. Die berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten

<input type="radio"/> hat die Ausbildereignungsprüfung bestanden. Eine Kopie des AEVO-Zeugnisses liegt bei.
<input type="radio"/> hat sich zu einem AEVO ² -Seminar oder einer AEVO-Prüfung angemeldet. Die verbindliche Anmeldebestätigung liegt bei.
<input type="radio"/> hat die Befreiung nach §6 Abs. 3 oder 4, §7 AEVO und bereits erfolgreich ausgebildet. Ein entsprechender Nachweis liegt bei.

Erklärung: In der Person des/der Ausbilders/in liegen keine Gründe, die der Ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes entgegenstehen. Insbesondere besteht kein Verbot, Kinder und Jugendliche zu beschäftigen.

Datum

Unterschrift des Ausbildenden

Unterschrift des/der Ausbilders/-in



Bearbeitung durch die IHK Reutlingen

Auflage	
<input type="radio"/> Nein	
<input type="radio"/> Ja, welche	
Sonstiger Hinweis	
Unterschrift	
Datum	

Unsere datenschutzrechtlichen Informationen nach der Datenschutzgrundverordnung finden Sie unter:
www.ihkrt.de/datenschutz

Ihre Daten werden im Rahmen der Überwachung der Ausbildungs- und Umschulungsverhältnisse sowie der Berufsausbildungsvorbereitung, der Verzeichnisführung, der Prüfung der Eignung der Ausbildungsstätte, des Ausbildenden, des Ausbilders/der Ausbilderin, der Untersagung, des Einstellens des Ausbildenden/der Ausbildenden, der Berufsbildungsvorbereitung, der Verkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit, der Durchführung von Schlichtungsverfahren in Ausbildungsstreitigkeiten und der Ausbildungsvermittlung verarbeitet.

Rechtsgrundlagen in diesem Zusammenhang sind §§ 8, 27 ff., 32, 33, 34, 35, 70, 71 Abs. 2., 76 BBiG.



Gesetzliche Vorschriften über die persönliche, fachliche sowie berufs- und arbeitspädagogische Eignung

§ 29 BBiG Persönliche Eignung

Persönlich nicht geeignet ist insbesondere, wer

1. Kinder und Jugendliche nicht beschäftigen darf oder
2. wiederholt oder schwer gegen dieses Gesetz oder die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften und Bestimmungen verstoßen hat.

§ 30 BBiG Fachliche Eignung

- (1) Fachlich geeignet ist, wer die beruflichen sowie die berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, die für die Vermittlung der Ausbildungsinhalte erforderlich sind.
- (2) Die erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, wer
 1. die Abschlussprüfung in einer dem Ausbildungsberuf entsprechenden Fachrichtung bestanden hat,
 2. eine anerkannte Prüfung an einer Ausbildungsstätte oder vor einer Prüfungsbehörde oder eine Abschlussprüfung an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Schule in einer dem Ausbildungsberuf entsprechenden Fachrichtung bestanden hat oder
 3. eine Abschlussprüfung an einer deutschen Hochschule in einer dem Ausbildungsberuf entsprechenden Fachrichtung bestanden hat und eine angemessene Zeit in seinem Beruf praktisch tätig gewesen ist.
 4. im Ausland einen Bildungsabschluss in einer dem Ausbildungsberuf entsprechenden Fachrichtung erworben hat, dessen Gleichwertigkeit nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz oder anderen rechtlichen Regelungen festgestellt worden ist und eine angemessene Zeit in seinem Beruf praktisch tätig gewesen ist.
- (3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit oder das sonst zuständige Fachministerium kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2 bestimmen, welche Prüfungen für welche Ausbildungsberufe anerkannt werden.
- (4) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit oder das sonst zuständige Fachministerium kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, für einzelne Ausbildungsberufe bestimmen, dass abweichend von Absatz 2 die für die fachliche Eignung erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten nur besitzt, wer
 1. die Voraussetzungen des Absatzes 2 Nr. 2 oder 3 erfüllt und eine angemessene Zeit in seinem Beruf praktisch tätig gewesen ist oder
 2. die Voraussetzungen des Absatzes 2 Nr. 3 erfüllt und eine angemessene Zeit in seinem Beruf praktisch tätig gewesen ist oder
 3. für die Ausübung eines freien Berufes zugelassen oder in ein öffentliches Amt bestellt ist.
- (5) Das Bundesministerium für Bildung und Forschung kann nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmen, dass der Erwerb berufs- und arbeitspädagogischer Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten gesondert nachzuweisen ist. Dabei können Inhalt, Umfang und Abschluss der Maßnahmen für den Nachweis geregelt werden.
- (6) Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann Personen, die die Voraussetzungen des Absatzes 2, 4 oder 5 nicht erfüllen, die fachliche Eignung nach Anhörung der zuständigen Stelle widerruflich zuerkennen.

§ 6 AEVO

Andere Nachweise

- (1) Wer die Prüfung nach einer vor Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Ausbilder-Eignungsverordnung bestanden hat, die auf Grund des Berufsbildungsgesetzes erlassen worden ist, gilt für die Berufsausbildung als im Sinne dieser Verordnung berufs- und arbeitspädagogisch geeignet.
- (2) Wer durch eine Meisterprüfung oder eine andere Prüfung der beruflichen Fortbildung nach der Handwerksordnung oder dem Berufsbildungsgesetz eine berufs- und arbeitspädagogische Eignung nachgewiesen hat, gilt für die Berufsausbildung als im Sinne dieser Verordnung berufs- und arbeitspädagogisch geeignet.
- (3) Wer eine sonstige staatliche, staatlich anerkannte oder von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abgenommene Prüfung bestanden hat, deren Inhalt den in § 3 genannten Anforderungen ganz oder teilweise entspricht, kann von der zuständigen Stelle auf Antrag ganz oder teilweise von der Prüfung nach § 4 befreit werden. Die zuständige Stelle erteilt darüber eine Bescheinigung.
- (4) Die zuständige Stelle kann von der Vorlage des Nachweises über den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten auf Antrag befreien, wenn das Vorliegen berufs- und arbeitspädagogischer Eignung auf andere Weise glaubhaft gemacht wird und die ordnungsgemäße Ausbildung sichergestellt ist. Die zuständige Stelle kann Auflagen erteilen. Auf Antrag erteilt die zuständige Stelle hierüber eine Bescheinigung.

§ 7 AEVO

Fortführen der Ausbildertätigkeit

Wer vor dem 1. August 2009 als Ausbilder im Sinne des § 28 Absatz 1 Satz 2 des Berufsbildungsgesetzes tätig war, ist vom Nachweis nach den §§ 5 und 6 dieser Verordnung befreit, es sei denn, dass die bisherige Ausbildertätigkeit zu Beanstandungen mit einer Aufforderung zur Mängelbeseitigung durch die zuständige Stelle geführt hat. Sind nach Aufforderung die Mängel beseitigt worden und Gefährdungen für eine ordnungsgemäße Ausbildung nicht zu erwarten, kann die zuständige Stelle vom Nachweis nach den §§ 5 und 6 befreien; sie kann dabei Auflagen erteilen.